



SPD-Unterbezirksparteitag
am 24.06.2017 in Potsdam

BESCHLUSSBUCH

Inhaltsverzeichnis

Anträge	1
Antrag 01/I/2017	Unterbezirksvorstand
Der Schlüssel zu Aufstieg und Wandel: Bildung	
<i>Annahme</i>	1
Antrag 02/I/2017	Unterbezirksvorstand
Potsdam bleibt bezahlbar – Wohnen als öffentliche Daseinsvorsorge	
<i>Annahme</i>	3
Antrag 03/I/2017	Unterbezirksvorstand
Wissenschaft und Forschung stärken den Wirtschaftsstandort Potsdam	
<i>Annahme</i>	6
Antrag 04/I/2017	SPD-OV Fahrland
Verbesserung der ÖPNV-Anbindung von Fahrland und Neu Fahrland	
<i>Annahme</i>	9
Antrag 05/I/2017	Jusos Potsdam
Mehr bezahlbare Wohnungen für Studierende und Auszubildende	
<i>Annahme</i>	10
Antrag 06/I/2017	Jusos Potsdam
Wachstum langfristig und intelligent steuern – Aktualisiertes Modell zur integrativen Stadtentwicklung	
<i>Annahme</i>	11
Antrag 07/I/2017	Jusos Potsdam
Bedürfnisse von GründerInnen in Potsdam evaluieren	
<i>Annahme</i>	12
Antrag 08/I/2017	Jusos Potsdam
Weiter am Ball bleiben – Potsdam zur fahrradfreundlichen Stadt entwickeln	
<i>Annahme</i>	13
Antrag 09/I/2017	SPD-OV Babelsberg
Sicherung der Grundlagen für das Zusammenleben – Toleranz Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus	
<i>Annahme</i>	14
Initiativanträge	16
Antrag 01/I/2017	
„blu“-Außenfassade neu gestalten	
<i>Ablehnung</i>	16

Anträge

- 1 **Antrag 01/I/2017**
2 **Unterbezirksvorstand**
3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
4
5 **Der Schlüssel zu Aufstieg und Wandel: Bildung**
6
7
8 Potsdam wächst. Die SPD Potsdam setzt sich auf allen
9 politischen Ebenen dafür ein, dass die Bildungsangebo-
10 te in Potsdam mitwachsen. Bildung ermöglicht jedem
11 einzelnen Menschen, sich ein Leben lang zu verändern,
12 der Gesellschaft sich zu entwickeln und der Wirtschaft
13 zu wachsen. Bildung bedeutet Fortschritt, Aufstieg,
14 Integration.
15
16 Unsere Bildungspolitik zielt auf beste Bedingungen
17 und große Vielfalt in Kitas, Schulen, Berufsschulen,
18 Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Wir
19 wollen einen bildungspolitischen Neuanfang mit einer
20 nationalen Bildungsallianz als einer gesamtgesell-
21 schaftlichen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und
22 Kommunen.
23
24 Unser Ziel ist die Beitragsfreiheit von Bildung – von
25 der Krippe bis zur Hochschule. Schritte zur weiteren
26 Beitragsfreiheit bedürfen einer Klärung der Finan-
27 zierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
28 Wir fordern dazu innerhalb der nächsten zwei Jahre
29 verbindliche Vereinbarungen zwischen den politischen
30 Ebenen. Durch die Verbesserung der Qualität von
31 Betreuung und Lehre sowie die Bereitstellung einer
32 bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur wollen wir
33 beste Bedingungen für das Lehren und Lernen.
34
35 **Unsere kommunalpolitischen Ziele sind:**
36
37 1. der bedarfsgerechte Ausbau der Kita- und Schul-
38 landschaft im Einklang mit dem Wachstum der
39 Stadt. Hierbei müssen moderne Lernbedingungen
40 geschaffen und wohnortnah errichtet werden.
41 Wo neue Wohnungen bezogen werden, müssen
42 Kita- Hort- und Schulplätze von Anfang an zur
43 Verfügung stehen.
44
45 2. dass ab 2018 ein zentrales Onlineportal die Kita-
46 Platzanmeldung in der Landeshauptstadt Potsdam

Annahme

- 1 erleichtert.
- 2
- 3 3. die Kita-Qualität mit den im Haushalt zusätzlich
- 4 beschlossenen Mitteln in Höhe von jährlich 2,5
- 5 Millionen Euro zu verbessern.
- 6
- 7 4. die Schulsozialarbeit auf alle öffentlichen Schulen
- 8 auszuweiten und die Angebote der Jugendhilfe
- 9 stärker mit den Schulen zu vernetzen.
- 10
- 11 5. unsere Schulen für das digitale Zeitalter auszustat-
- 12 ten.
- 13
- 14 6. dass Potsdam für die Errichtung von Schulen und
- 15 Kitas ausreichend Flächen vorhält und ggf. Flächen
- 16 ankauft.
- 17

18 **Von der Landespolitik fordern wir:**

- 19
- 20 1. weitere Qualitätsverbesserung in den Kitas, durch
- 21 gut ausgebildetes und mehr Personal.
- 22
- 23 2. den flächendeckenden Ausbau der Schulsozi-
- 24 alarbeit an allen Schulen, so dass alle Schüler
- 25 und Schülerinnen, alle Eltern und alle Lehrkräfte
- 26 erreicht werden. Gerade mit Hinblick auf die
- 27 besonderen Integrationserfordernisse sind die
- 28 psychologischen und sozialpädagogischen Hilfen
- 29 und Leistungen einer systematischen und unter-
- 30 stützenden Schulsozialarbeit unverzichtbar.
- 31
- 32 3. die Potenziale der Berufsschulen für die Integration
- 33 durch Bildung und im Vorfeld einer Beruflichen
- 34 Ausbildung (BA) stärker zu nutzen. So kann
- 35 schrittweise der Übergang in eine reguläre duale
- 36 Berufsausbildung besser gelingen. Die Berufs-
- 37 schulen sind für diese Brückenfunktion besser
- 38 auszustatten.
- 39
- 40 4. die Bildungswege so zu gestalten, dass alle
- 41 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben,
- 42 einen berufsqualifizierenden Abschluss zu machen.
- 43
- 44 5. Hochschulen beim Ausbau von Sprachförder-
- 45 und anderen Weiterbildungsangeboten zu un-
- 46 terstützen, weil Studienkollegs quantitativ nicht
- 47 ausreichend sind.
- 48
- 49 6. eine Digitalisierungsoffensive für die Schulen
- 50 und begleitende Qualifizierungsmaßnahmen für

- 1 Lehrerinnen und Lehrer zu starten.
2
3 **Wir fordern von der Bundespolitik:**
4
5 1. eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bil-
6 dung, hierzu gehört die beitragsfreie Kita genauso
7 wie mehr Sprachangebote und die Möglichkeit
8 des Bundes nicht nur in Kitaplätze zu investieren,
9 sondern auch die Länder bei den Personalkosten
10 zu unterstützen. Hierzu ist das Kooperationsverbot
11 im Grundgesetz aufzuheben, um eine Mitfinanzie-
12 rung des Bundes auch in den Bereichen Kita und
13 Schule zu ermöglichen.
14
15 2. ein weiteres Programm zum Ausbau von Ganztags-
16 schulen.
17
18 3. dass das Schüler-Bafög wieder bundesweit ein-
19 geführt wird. Die in Brandenburg geschaffene
20 Landesregelung ist hier Vorbild.
21
22 4. eine deutliche Aufstockung der Alphabetisierungs-
23 Initiative von Bund und Ländern, um den rund
24 7,5 Millionen in Deutschland lebenden funktio-
25 nalen Analphabeten und Analphabetinnen eine
26 Bildungsperspektive zu eröffnen.
27
28 5. die Öffnung der Integrationskurse für alle Asylbe-
29 werber und Asylbewerberinnen.
30

31 **Antrag 02/I/2017**
32 **Unterbezirksvorstand**
33 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
34
35 **Potsdam bleibt bezahlbar – Wohnen als öffentliche**
36 **Daseinsvorsorge**
37
38
39 Potsdam wächst. Die Stadt ist ein beliebter und be-
40 gehrter Wohnort, in dem beständig neuer Wohnraum
41 entsteht. Ausreichender und auch für niedrige und
42 mittlere Einkommen bezahlbarer Wohnraum mit guter
43 Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie
44 soziale und soziokulturelle Infrastruktur von Kita- und
45 Schulplätzen bis zu Jugendclubs und Treffpunkten für
46 die Bevölkerung vor Ort gehören von Planungsbeginn
47 an zusammen. Bei der Planung ist auf Grund der

Annahme

1 demografischen Entwicklung zu berücksichtigen, dass
2 Schulen und Kitas baulich flexibel gestaltet werden,
3 damit diese später auch von anderen Altersgruppen
4 genutzt werden können.

5
6 Die SPD Potsdam stellt sich dieser Verantwortung auf
7 allen Ebenen.

8
9 **Unsere kommunalpolitischen Ziele sind:**

10
11 1. weiterhin ausreichend und zügig Baurechte zu
12 schaffen. Wird dann gebaut, gilt: Die Soziale
13 Infrastruktur muss mit dem Einzug der ersten
14 Bewohnerinnen und Bewohner bereits vorhanden
15 und entsprechende Flächen müssen im Vorfeld
16 planungsrechtlich gesichert sein.

17
18 2. dafür Sorge zu tragen, dass der Anteil des gemein-
19 wohlorientierten Wohnens in Potsdam mindestens
20 gleich bleibt. Genossenschaften und ProPotsdam
21 sollen zusammen weiterhin einen Anteil von 40%
22 am Mietwohnungsmarkt halten. Um dieses Ziel zu
23 erreichen, baut die ProPotsdam in den nächsten
24 zehn Jahren mindestens 2.000 neue Wohnungen,
25 mindestens die Hälfte davon mit sozialer Bindung.
26 Wir haben durchgesetzt, dass es auch Verpflichtun-
27 gen für bezahlbares Wohnen für private Investoren
28 geben kann. Die Landeshauptstadt muss dafür sor-
29 gen, dass in allen Stadtteilen bezahlbares Wohnen
30 dauerhaft möglich ist.

31
32 3. ein Flächenmanagement, dass neben der Flä-
33 chensicherung für bezahlbares Wohnen in allen
34 Stadtteilen die Bevorratung von Flächen für Kitas,
35 Schulen, Sportplätze und soziale Einrichtungen für
36 alle Altersgruppen beinhaltet.

37
38 4. die Stadtteilarbeit auszubauen, um den sozia-
39 len Zusammenhalt und das Miteinander in den
40 Stadtteilen zu stärken. Die Netzwerkarbeit vieler
41 kleiner Akteure sowie die zahlreichen Projekte in
42 den Stadtteilen sind ein Mehrwert für das Zusam-
43 menleben vor Ort, der auch honoriert werden muss.

44
45 5. alternative Wohnformen für das Zusammenleben
46 von Jung und Alt, für Familien, Alleinerziehende
47 und alleinstehende Menschen zu fördern. Wir
48 bestärken alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt
49 weitere, u.a. altersgerechte und barrierefreie Pro-
50 jekte zu realisieren.

- 1
2 6. bei erforderlichen Wohnungsverkäufen durch die
3 Stadt oder das kommunale Wohnungsunterneh-
4 men den Mietern vor einem Verkauf auf dem freien
5 Markt ein zumutbares Angebot zum Erwerb der
6 eigenen Wohnung zu unterbreiten.

7

8 **Von der Landespolitik fordern wir:**

9

- 10 1. die Wohnraumförderung so zu gestalten, dass
11 damit neue und bezahlbare Wohnungen entste-
12 hen. Unser Ziel ist es, dass vor allem kommunale
13 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften
14 Förderung erhalten, um den geschaffenen bezahl-
15 baren Wohnraum langfristig zu sichern.

16

- 17 2. die Versorgung der Studierenden mit bezahlbarem
18 Wohnraum bedarfsgerecht zu finanzieren. Gerade
19 in Potsdam gibt es einen deutlich höheren Bedarf
20 an Wohnheimplätzen als sie das Studentenwerk
21 im Auftrag des Landes bisher zur Verfügung stellen
22 kann. Das Angebot muss auf eine Versorgungs-
23 quote von 20 % aller Studierenden auch unter
24 Einbeziehung von Bundesfördermitteln, erhöht
25 werden.

26

- 27 3. die Wohnraumpotenziale in der gemeinsamen
28 Landesplanung zu erweitern. Die Landeshaupt-
29 stadt Potsdam und andere Kommunen haben
30 hier entsprechende Vorschläge gemacht. Damit
31 Wohnen im Berliner Umland bezahlbar bleibt,
32 müssen diese Potentiale durch die Landesebene
33 besser berücksichtigt werden.

34

35 **Wir fordern von der Bundespolitik:**

36

- 37 1. ausreichend Mittel zur sozialen Wohnraumförde-
38 rung zur Verfügung zu stellen.

39

- 40 2. in den Förderprogrammen zu sichern, dass die
41 geförderten Wohnungen dauerhaft als günstiger
42 Wohnraum zu nutzen sind.

43

- 44 3. die bestehende Mietpreisbremse durch eine Aus-
45 kunftspflicht der Vermieter über die Vormiete zu
46 ergänzen, um mehr Transparenz über die Miethöhe
47 herzustellen.

48

- 49 4. die Höhe des Wohngeldes in regelmäßigen Abstän-
50 den anzupassen.

- 1
- 2 5. Bauen durch Investitionsanreize und bundesweit
- 3 einheitliche Standards attraktiver zu machen.
- 4
- 5 6. beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und Ge-
- 6 bäude wohnungs- und stadtentwicklungspolitische
- 7 Ziele vorrangig zu berücksichtigen.
- 8
- 9 7. den Erwerb von Wohneigentum durch Familien
- 10 mit niedrigen und mittleren Einkommen durch ein
- 11 sozial gestaffeltes Baufamiliengeld zu erleichtern.
- 12
- 13 8. das Prinzip „Wer bestellt bezahlt“ auch für Makler-
- 14 kosten beim Kauf von Wohneigentum einzuführen,
- 15 um hier die Nebenkosten weiter zu senken.
- 16
- 17 9. Familien beim Erwerb von Bestandsbauten zu un-
- 18 terstützen, um zu verhindern, dass Wohnungen in
- 19 den Ortskernen des ländlichen Raums leer stehen
- 20 und verfallen.
- 21
- 22 10. Stadtteilarbeit effektiv zu stärken. Förderprogram-
- 23 me sind zu öffnen, damit alle Potsdamer Stadtteile
- 24 auch künftig lebendig und attraktiv sind.
- 25

26 **Antrag 03/I/2017**
27 **Unterbezirksvorstand**
28 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
29
30 **Wissenschaft und Forschung stärken den Wirtschafts-**
31 **standort Potsdam**
32
33
34 Potsdam wächst. Potsdam und das Umland spie-
35 len als Standort für Wissenschaft und Forschung in
36 der Champions League. Die Hochschulen und For-
37 schungsinstitute mit über 10.000 Beschäftigten sind
38 Innovationsmotor weit über die Landesgrenze hinaus.
39
40 Die Rahmenbedingungen für exzellentes wissen-
41 schaftliches Arbeiten und die Transformation von
42 Forschungsergebnissen in Wirtschaft und Gesellschaft
43 müssen stimmen. Nur so können Hochschulen und
44 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ihren Bei-
45 trag zum wirtschaftlichen Wohlstand der Stadt leisten
46 und Antworten auf die drängendsten Frage unseres
47 Zusammenlebens geben.

Annahme

1
2 Sozialdemokratische Leitlinien für die Wissensgesell-
3 schaft sind hohe Bildungsbeteiligung, hohe Durchläs-
4 sigkeit zwischen den Bildungsbereichen und offene
5 Türen für lebenslanges Lernen.

6
7 Wir wollen noch mehr Studierende nach Potsdam
8 locken und einer Studierendenschaft unterschiedlich-
9 ter Herkunft und Bildungshintergründe Vielfalt und
10 Qualität bieten. Dazu gehört auch die Schaffung von
11 bezahlbarem studentischem Wohnraum.

12
13 Als Potsdamer SPD setzen wir uns dafür ein, dass
14 der Hochschulstandort Potsdam in Lehre, Forschung,
15 Infrastruktur und Transfer von den neuen Kooperati-
16 onsmöglichkeiten von Bund und Ländern profitiert.
17 Damit die Bund-Länder-Finanzierung auch Branden-
18 burg zugute kommt, müssen wir uns mit den neuen
19 Bundesländern (und Berlin) abstimmen.

20

21 **Unsere kommunalpolitischen Ziele sind:**

22

23 1. dass Potsdam gemeinsam mit dem Land alle
24 Möglichkeiten nutzt, um aktiv Flächen für die
25 Errichtung von Gründerzentren und Gewerbege-
26 bieten vorzuhalten und zu entwickeln.

27

28 2. die Verbindung von Wissenschaft und Unter-
29 nehmen als Standortfaktor für Innovationen zu
30 fördern.

31

32 3. günstigen Gewerberaum für die Kreativwirtschaft
33 zu schaffen. Dazu zählt u.a. die Entwicklung des
34 Areals Garde Husarenkaserne.

35

36 **Von der Landespolitik fordern wir:**

37

38 1. dass ab 2019 den Hochschulen im Sinne der
39 Bund-Länder-Kooperation jedes Jahr zusätzlich 10
40 Millionen Euro mehr Landesmittel zur Verfügung
41 gestellt werden. Nur mit dieser stetig ansteigen-
42 den Grundfinanzierung wird es den Hochschulen
43 gelingen, den deutlich gewachsenen Anforderung
44 aus Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden.

45

46 2. dass sie sich für die „innovative Lehrerbildung“
47 stark macht. 6.000 der 20.000 Studierenden an
48 der Universität Potsdam sind zurzeit Lehramtsstu-
49 dierende. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur
50 Landesentwicklung geleistet. Durch die zusätzliche

Bereitstellung von jährlich 5 Mio. Euro muss das Land zur Verbesserung der Studienqualität und Erhöhung der Absolventenzahl beitragen.

3. die Zahl der Studierenden zunächst auf mindestens 55.000 zu erhöhen, u.a. durch geeignete Motivation und ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen mit gutem Betreuungsschlüssel. Angesichts der Entwicklung der Studierendenzahlen im Land muss Potsdam hier eine entscheidende Rolle zukommen und diese auch bei der Verteilung der Mittel im Land gewürdigt werden.

4. zusätzliche Schwerpunktsetzungen zur Profilbildung der Potsdamer Hochschulen zu unterstützen. Erfolgreiche Projekte z.B. im Bereich der dualen Studienangebote oder im Bereich des Transfers, die in der laufenden Legislaturperiode mit 100 Mio. Euro zusätzlich gestartet wurden, sind zu sichern und neue innovative Projekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen auf den Weg zu bringen.

Wir fordern im Bund den Einsatz für eine dauerhafte finanzielle Beteiligung

1. zur Sicherung guter Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Universitäten und Fachhochschulen. Wir müssen weg von einer rein an Quantität orientierten projektförmigen Finanzierung. Notwendig ist eine dauerhafte verlässliche Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen. Dazu zählen auch sichere unbefristete Arbeitsplätze für die Erledigung laufender Aufgaben.

2. an der Förderung von Hochschulbau und Infrastruktur, insbesondere IT-Infrastruktur.

3. an der Finanzierung von sozialem studentischen Wohnungsbau auch nach 2019.

4. an einer Wirtschaftsförderung, die sich weiter für Hochschulen und Forschungseinrichtungen öffnet. Als Kernelemente von Innovation können sie einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Innovationsfähigkeit vor allem von kleinen und mittelständischen Unternehmen sein und so die noch immer bestehenden strukturellen Nachteile in den neuen Ländern ausgleichen.

1
2 5. um durch Ausweitung des BAföGs und Anhebung
3 der Bemessungsgrenze deutlich mehr Studierende
4 den Zugang zum BAföG zu ermöglichen.
5

6 **Antrag 04/I/2017**
7 **SPD-OV Fahrland**
8 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
9
10 **Verbesserung der ÖPNV-Anbindung von Fahrland und**
11 **Neu Fahrland**

12
13
14 Fahrland und Neu Fahrland sind Ortsteile mit einer
15 stetig wachsenden Bevölkerung. So ist z.B. die Zahl
16 der Einwohner in Fahrland auf über 4.000 gestiegen.
17 Weitere Wohnbaumaßnahmen stehen an, auch in
18 Neu Fahrland. Später werden noch Wohneinheiten
19 für 3.800 Einwohner in Krampnitz hinzukommen.
20 Viele sind Pendler und müssen in die Innenstadt oder
21 zum Hauptbahnhof, um von dort weiter zu ihren
22 Arbeitsplätzen zu kommen. Zudem leben in den beiden
23 Ortsteilen auch viele Senioren, für die z.B. in Fahrland
24 altersgerechte Wohnungen gebaut wurden. Für Arzt-
25 und Apothekenbesuche in der Innenstadt (in Fahrland
26 und Neu Fahrland gibt es keine Apotheke) sind sie, falls
27 sie kein Auto haben, auf den Bus angewiesen.

28
29 Gleichwohl gibt es mit der Linie 609 keine durch-
30 gehende Busverbindung zur Innenstadt bis zum
31 Hauptbahnhof. Es ist nicht möglich, ohne umzuste-
32 igen in die Innenstadt oder umgekehrt nach Fahrland
33 oder Neu Fahrland zu kommen. Umgestiegen werden
34 muss, je nach Tageszeit, an den Haltestellen „Satz-
35 korn“, „Eisenbahnbrücke Marquardt“, „Eisbergstücke“,
36 „Heinrich-Heine-Weg“, „Am Golfplatz/Viereckremise“
37 (mit Fußweg), „Am Schragen“ und / oder „Platz der
38 Einheit/West“. Da der Bus regelmäßig im Stau steht,
39 klappt es häufig mit den Anschlüssen nicht. Für Senio-
40 ren ist das Umsteigen zudem beschwerlich. Es ist somit
41 von vornherein kein Anreiz gegeben, auf die Nutzung
42 des eigenen Autos zu verzichten und auf den ÖPNV um-
43 zusteigen. Der SPD-Ortsverein Fahrland findet, dies ist
44 ein nicht haltbarer Zustand. Ohne Werbung mit einem
45 Angebot für eine schnelle Verbindung in die Innenstadt
46 und wieder zurück wird niemand sein Auto zu Hause
47 lassen und den Bus nehmen. Die Verkehrsprobleme

Annahme

1 (und auch die Parkprobleme) werden sich vielmehr mit
2 dem Bevölkerungszuwachs weiter verstärken.
3
4 Die SPD bittet den Oberbürgermeister einen Shuttle-
5 service bis zur nächsten Tramstation einzusetzen.
6

7 **Antrag 05/I/2017**
8 **Jusos Potsdam**
9 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
10
11 **Mehr bezahlbare Wohnungen für Studierende und**
12 **Auszubildende**
13
14
15 Wir fordern die Stadt Potsdam auf, sich in Gesprächen
16 folgende Ziele zu setzen:
17
18 • Bis zum Jahr 2025 1.000 zusätzliche bezahlbare
19 Wohnplätze für Studierende an Potsdamer Hoch-
20 schulen zu schaffen. Hierfür ist unter anderem
21 die enge Zusammenarbeit mit dem Studenten-
22 werk Potsdam zu suchen und zu halten sowie die
23 Einwerbung von Fördermitteln der Bundes- und
24 Landesebene für den Bau neuer Studierenden-
25 wohnheime zu unterstützen.
26
27 • Bis zum Jahr 2025 1.000 zusätzliche bezahlbare
28 Wohnplätze für Auszubildende an Potsdamer
29 Betrieben zu schaffen. Hierbei kann das Modell
30 der Studierendenwohnheime als Vorbild dienen.
31 Soweit von der Stadt als zielführend bewertet ist
32 dabei die Zusammenarbeit mit der IHK Potsdam
33 und den Gewerkschaften zu suchen.
34
35 Als bezahlbar gelten dabei Wohnplätze, deren Warm-
36 miete die Wohnpauschale nach Bundesausbildungsför-
37 derungsgesetz (aktuell 250€) nicht deutlich übersteigt.
38
39
40
41 **Begründung**
42 Auch in einer wachsenden Stadt mit steigenden Mieten
43 muss weiterhin Platz für Menschen mit nur geringen
44 Einkommen sein. Hierzu zählen auch und gerade junge
45 Menschen, die sich in der Ausbildungsphase befinden.
46 Aktuell wohnen jedoch nur etwa die Hälfte der ca.
47 25.000 Studierenden an Potsdamer Hochschulen in

Annahme

1 der Landeshauptstadt. Dies liegt auch darin, dass
2 das Studentenwerk Potsdam bisher für weniger als
3 10% der Potsdamer Studierenden Wohnheimplätze
4 vorhalten kann. Auch für viele Auszubildende ist die
5 Möglichkeit, unabhängig von den Eltern wohnen zu
6 können, ein wichtiges Element für die empfundene
7 Selbstständigkeit und Wohnqualität. Deshalb möchten
8 wir sicherstellen, dass beide Gruppen in der laufenden
9 Entwicklung des Potsdamer Wohnungsmarktes nicht
10 marginalisiert werden, sondern weiter ihren Platz in
11 unserer Stadt finden können.

12 **Antrag 06/1/2017**

13 **Jusos Potsdam**

14 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

15

16 **Wachstum langfristig und intelligent steuern – Aktua-**
17 **lisiertes Modell zur integrativen Stadtentwicklung**

18

19

20 Wir fordern die Stadt Potsdam auf, ein aktualisiertes
21 Modell zur integrativen Stadtentwicklung zu entwi-
22 ckeln und zu implementieren, um die langfristige
23 Entwicklung der Stadt steuernd begleiten zu können.
24 Ziel soll dabei insbesondere sein, zu gewährleisten,
25 dass die Entwicklung von Wohngebieten, sozialer Infra-
26 struktur und ÖPNV einander ergänzt und aufeinander
27 abgestimmt ist – etwa durch zielgerichteten Aufbau
28 neuer und Weiterentwicklung bestehender Stadttei-
29 le. Hierbei kann auch die Zusammenarbeit mit den
30 Potsdamer Hochschulen, besonders mit dem „Institut
31 für Angewandte Forschung – Urbane Zukunft“ der FH
32 Potsdam und/oder dem „Kommunalwissenschaftli-
33 ches Institut“ der Universität Potsdam, gesucht werden.

34

35 **Begründung**

36 In unserer wachsenden Stadt beobachten wir das
37 Phänomen, dass in raschem Tempo neue Wohngebiete
38 entstehend, die jedoch nur mangelhaft an soziale
39 Infrastruktur wie etwa Schulen, Ärzte und Einkaufs-
40 möglichkeiten sowie den ÖPNV angebunden sind.
41 Unser Ziel muss es aber sein, das Wachstum Potsdams
42 intelligent zu steuern und dabei wachsende wie auch
43 neue Stadtteile zielgerichtet zu entwickeln. Letztend-
44 lich müssen alle Stadtteile so miteinander verbunden
45 sein, dass sie sich zu einer in sich funktionierenden
46 Stadt ergänzen. Dabei können die einzelnen Infrastruk-
47 turen und Stadtteile nicht getrennt, sondern müssen

Annahme

1 zusammen betrachtet werden.
2
3 Das letzte Mal, dass das Thema „Integrierte Stadtent-
4 wicklung“ für Potsdam öffentlichkeitswahrnehmbar
5 aufgegriffen wurde, war in den Jahren 2007/2008 mit
6 dem „Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK)“.
7 Inzwischen werden neue Herausforderungen sichtbar,
8 auf die wir aktuelle Antworten brauchen. Diese sollten
9 im Bereich (räumlicher) Stadtentwicklung fokussierter
10 und konkreter angelegt sein als es etwa die Zielformu-
11 lierungen im Leitbild der Stadt Potsdam sind, um steue-
12 rungswirksam werden zu können. Dabei bietet es sich
13 an, dass in unserer Stadt wissenschaftliche Expertise für
14 genau diesen Bereich vorhanden ist. Gerade die FH Pots-
15 dam entwickelt hier mit dem neuen Forschungspro-
16 jekt „Partizipative System-Modellierung als Tool für in-
17 tegrierte Stadtentwicklung“ sowie dem neuen Master-
18 Studiengang „Urbane Zukunft“ einen entsprechenden
19 Schwerpunkt.

20 **Antrag 07/I/2017**
21 **Jusos Potsdam**
22 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
23
24 **Bedürfnisse von GründerInnen in Potsdam evaluieren**
25
26
27 Wir fordern die Stadt Potsdam auf, bis Ende 2018 die
28 Einstellungen und Anliegen von GründerInnen und
29 potentiellen GründerInnen in unserer Stadt in Bezug
30 auf Potsdam als Gründungsstandort wissenschaftlich
31 zu erheben. Ziele sollen dabei insbesondere sein:
32
33 • Die Stärken und Besonderheiten des Gründungs-
34 standorts Potsdam aus Sicht der (potentiellen)
35 GründerInnen zu ermitteln.
36
37 • Zu ermitteln, welche Bedingungen erfüllt sein
38 müssen, damit potentielle GründerInnen Potsdam
39 als Gründungsstandort wählen.
40
41 • Zu ermitteln, welche Bedingungen der Standort
42 Potsdam aus Sicht von Potsdamer GründerInnen
43 erfüllen muss, um das weitere Wachstum ihrer
44 Unternehmen zu gewährleisten.
45
46 • Zu ermitteln, welche Bedingungen der Standort
47 Potsdam aus Sicht der Potsdamer GründerInnen

Annahme

1 erfüllen muss, damit diese auch im Fall einer er-
2 folgreichen Unternehmensentwicklung in Potsdam
3 bleiben.

4
5 **Begründung**

6 GründerInnen stellen ein erhebliches Potential für die
7 Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts dar. Sie brin-
8 gen nicht nur Dynamik und Innovation, sondern schaf-
9 fen im Fall einer erfolgreichen Unternehmensentwick-
10 lung auch das Fundament für den Verbleib von erheb-
11 lichen Wertschöpfungsvolumina in der Region. Um den
12 Standort Potsdam zu einem erfolgreichen Gründungs-
13 standort zu entwickeln, ist es hilfreich, die tatsächlichen
14 Anliegen und Bedürfnisse der GründerInnen und poten-
15 tiellen GründerInnen wissenschaftlich fundiert zu erhe-
16 ben.

17 **Antrag 08/I/2017**

18 **Jusos Potsdam**

19 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

20
21 **Weiter am Ball bleiben – Potsdam zur fahrradfreundli-
22 chen Stadt entwickeln**

23
24
25 Wir begrüßen und unterstützen das seit langem ver-
26 folgte Ziel, Potsdam zu einer fahrradfreundlichen Stadt
27 zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen sind jedoch
28 kontinuierlich neue Anstrengungen notwendig. Der
29 aktuelle Fahrradclimatest 2016 des ADFC stellt Pots-
30 dam leider mit einer Gesamtbewertung von 3,6 eine
31 höchstens mittelmäßige Note aus. Die Stadt Potsdam
32 wird aufgefordert, insbesondere in den nachstehenden
33 Bereichen tätig zu werden, die in den Ergebnissen des
34 Fahrradclimatestes schlecht abgeschnitten haben:

- 35
36 • Falschparkkontrolle auf Fahrradwegen (Bewer-
37 tungsnote im ADFC Fahrradclimatest 2016: 4,3)
38
39 • Ampelschaltung für Radfahrende (Bewertungsnote
40 im ADFC Fahrradclimatest 2016: 4,2)
41
42 • Konflikte mit KFZ (Bewertungsnote im ADFC Fahr-
43 radclimatest 2016: 4,2)
44
45 • Fahrraddiebstahl (Bewertungsnote im ADFC Fahr-
46 radclimatest 2016: 4,9)
47

Annahme

- 1 • Fahren auf Radwegen und Radfahrstreifen (Bewer-
- 2 tungsnote im ADFC Fahrradklimatest 2016: 4,2)
- 3
- 4 • Fahren im Mischverkehr mit Kfz (Bewertungsnote
- 5 im ADFC Fahrradklimatest 2016: 4,3)
- 6
- 7 • Breite der Radwege (Bewertungsnote im ADFC
- 8 Fahrradklimatest 2016: 4,3)
- 9
- 10 • Führung an Baustellen (Bewertungsnote im ADFC
- 11 Fahrradklimatest 2016: 4,3)
- 12
- 13 • Fahrradmitnahme im ÖPNV (Bewertungsnote im
- 14 ADFC Fahrradklimatest 2016: 4,4)
- 15
- 16 **Begründung**
- 17 Erfolgt mündlich.

- 18 **Antrag 09/1/2017**
- 19 **SPD-OV Babelsberg**
- 20 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
- 21
- 22 **Sicherung der Grundlagen für das Zusammenleben –**
- 23 **Toleranz Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus**
- 24
- 25
- 26 Am 28. April dieses Jahres kam es zu antisemitischen
- 27 Ausschreitungen aus dem Fanblock des 1. FC Energie
- 28 Cottbus beim Fußballspiel gegen den SV Babelsberg
- 29 03. Antisemitische Parolen und das Zeigen des Hitler-
- 30 grußes sind nirgends zu tolerieren. Jedwede Grenze ist
- 31 hier deutlich überschritten. Allein die rechtsstaatliche
- 32 Verfolgung und Bestrafung dieser Taten genügt nicht.
- 33
- 34 Nach einem 2017 dem Bundestag vorgelegten Exper-
- 35 tenbericht zur Antisemitismusedwicklung haben
- 36 in Deutschland in den letzten Jahren antisemitische
- 37 Strömungen, auch gegen Israel, erheblich zugenom-
- 38 men. 40 Prozent der deutschen Bevölkerung vertreten
- 39 antisemitische antiisraelische Hasspositionen. Dies
- 40 verlangt einen engagierten Einsatz zur Sicherung der
- 41 Grundlagen für das Zusammenleben auf allen Ebenen,
- 42 so auch im Land Brandenburg und in Potsdam.
- 43
- 44 Für die SPD Potsdam steht fest, dass das Land Bran-
- 45 denburg und ihre Kommunen handeln müssen. Wir
- 46 fordern angemessene Reaktionen im Bildungsbereich
- 47 und in der Gesellschaftspolitik, die die Grundlagen

Annahme

1 für unser Zusammenleben sichern. Dazu gehören
2 das Eintreten für Toleranz und der staatliche und
3 gesellschaftspolitische Kampf gegen Antisemitismus
4 und Rassismus. So zeigt beispielsweise das Fanprojekt
5 Babelsberg mit Fanladen im Stadtteil, das Agieren des
6 Vereins Babelsberg 03 selbst und auch die zahlreichen
7 Vorhaben und Projekte der Landeshauptstadt Potsdam,
8 wie kontinuierliche Arbeit erfolgreich wirken kann.
9 Allerdings zeigen auch andere Vorfälle in Potsdam, dass
10 der Einsatz für Weltoffenheit und Toleranz jeden Tag
11 gelebt werden muss und noch immer keine Selbstver-
12 ständlichkeit ist. Werte wie Demokratie, Toleranz und
13 ein soziales Miteinander müssen stetig neu erkämpft
14 und vermittelt werden.
15

Initiativanträge

1	Antrag 01/I/2017	Ablehnung
2		
3		
4	„blu“-Außenfassade neu gestalten	
5	Die Fraktion der SPD in der SVV wird gebeten, durch	
6	Antragstellung die Stadtverwaltung aufzufordern,	
7	gegenüber dem Betreiber, den Stadtwerken Potsdam,	
8	durchzusetzen, dass die Außenfassade attraktiver	
9	gestaltet wird. Hierzu kann eine geeignete Farbgebung	
10	ebenso beitragen wie eine Begrünung. Gegebenenfalls	
11	aufgeworfene Fragen des architektonischen Urheber-	
12	rechts sind dabei selbstverständlich zu klären.	
13		
14	Begründung	
15	Das Potsdamer Sport-und Freizeitbad „blu“ wurde am	
16	07. Juni eröffnet. Die Außenfassade wirkt in Struktur	
17	und Farbgestaltung im Stadtbild abweisend und kühl,	
18	zugleich jedoch das Leipziger Dreieck dominierend. Es	
19	wirkt wie die Spiegelung des massiven Potsdam Center.	
20	Dies wird in der Potsdamer Öffentlichkeit zunehmend	
21	kritisiert. Die Struktur der Fassade lässt sich nicht mehr	
22	verändern, jedoch das optische Erscheinungsbild.	